

„Deutschland driftet nach links“

**Ferdinand Fürst von Bismarck, Chef des Hauses,
sieht das Erbe seines Urgroßvaters in Gefahr**
Moritz Schwarz

Fürst Bismarck, als Chef des Hauses führen Sie heute die Familie an – immer unter den Augen des Eisernen Kanzlers, der hier in Ihrem Büro auf Sie herabblickt.

Bismarck: Ja, wir haben mehrere schöne Lenbachs – Franz von Lenbach malte einige berühmte Bismarck-Porträts – in der Schloßhalle und einen hier im Büro hängen.

Nur eine obligatorische Wanddekoration?

Bismarck: Auf keinen Fall, im Gegenteil: Für mich ist mein Urgroßvater sehr präsent. Nicht nur durch die Gemälde, sondern auch durch seine Schriften, die ich immer wieder zur Hand nehme.

Sie fühlen sich bewußt in seiner Erbfolge?

Bismarck: Mir steht ein Vergleich mit seiner großen Persönlichkeit keinesfalls zu, aber persönlich führe ich das Haus Bismarck so gut ich kann, immer in dem Gefühl der Verantwortung vor unseren Ahnen – nicht nur gegenüber Otto von Bismarck, denn unsere Ahnenreihe ist bis ins 13. Jahrhundert nachweisbar. Aber natürlich ist er der Bekannteste und bewirkt damit ein besonderes Gefühl der Verpflichtung.

Das heißt, Sie fühlen sich ihm persönlich nah?

Bismarck: Ja, denn Otto von Bismarck hat nicht nur viel eigenes Schriftgut hinterlassen, sondern ist auch eine von namhaften Historikern en detail erforschte Persönlichkeit. Das ermöglicht es, ihn auch lange nach seinem Tod im Jahr 1898 noch „persönlich“ kennenzulernen. So spreche ich mitunter im Geiste mit ihm und frage mich, was würde er wohl denken und sagen, wenn er all dies heute sehen könnte.

Was würde er sagen?

Bismarck: Nun, Otto von Bismarck war vieles: ein ausgeprägter Charakter, ein gläubiger Pietist, ein unbedingter Monarchist, ein überzeugter Konservativer, ein genialer Politiker, ein gewiefter Reichskanzler, ein geschickter Diplomat und ein in seinem Verantwortungsbewußtsein vorbildlicher Außenpolitiker – denn er hat stets vermocht, was seine demokratischen Nachfolger – ob in Deutschland, England oder Frankreich – 1914 nicht vermocht haben, nämlich zu verhindern, daß aus begrenzten Konflikten ein Weltkrieg wird. Man kann also viel in ihm sehen. Jedoch seine aus heutiger Sicht größte Leistung stellt eindeutig die Schaffung des deutschen Nationalstaates dar; und dieser steht – zwar verkleinert, aber immerhin – nach 45 Jahren Teilung wiedervereinigt da, mit seiner Hauptstadt Berlin.

Der ehemalige NS-Widerstandskämpfer Hans Hirzel, Mitglied der Weißen Rose, beschrieb diese Leistung, die durch Hitler in Gefahr geriet und deshalb Hirzel in

Opposition zu dem Diktator gebracht hat, in dieser Zeitung so: „Bismarck hat für die Deutschen das geschaffen, was die Zionisten für die Juden geschaffen haben: Ein Volkstum braucht einen Staat, der für dieses eintritt, sonst ist es in Gefahr, zu zerfallen.“

Bismarck: Das hat Herr Hirzel auf den Punkt gebracht. Und deshalb ist so unsinnig, wenn man heute Politik auf Grundlage deutscher Staatlichkeit macht, aber von Otto von Bismarck nichts wissen will. Wie etwa der damalige Außenminister Joschka Fischer, der bekanntlich dessen Porträt aus dem Arbeitszimmer der Ministers entfernen ließ.

Hat Sie das verletzt?

Bismarck: Verletzt ist zuviel gesagt. Aber ich habe es als einen unfreundlichen Akt empfunden. Um mich geht es dabei aber nicht, sondern um die Heuchelei: die von einem anderen geschaffenen staatspolitischen Grundlagen für sich zu nutzen, aber nichts mehr von diesem wissen zu wollen. Und vor allem war es politisch dumm, denn offenbar war Fischer nicht in der Lage, Bismarcks politische Qualitäten zu erkennen, sondern nahm nur das ideologische Zerrbild wahr, das Linken so oft die freie Sicht auf dessen Person versperrt. Nun, ich vermute, auch in hundert Jahren wird die Welt den Außenpolitiker Otto von Bismarck noch kennen und vielfach bewundern, während der Name Joschka Fischer nur noch spezialisierten Historikern bekannt sein wird.

Zurück zur Frage: Was aber würde Otto von Bismarck über die Zustände heute denken?

Bismarck: Ich würde vermuten, daß dem Staatspolitiker Bismarck nicht nur die eklatante Linksdrift, der Deutschland ausgesetzt ist, die größten Sorgen machen würde...

Sie meinen: dem Konservativen Bismarck!

Bismarck: Dem sicher auch, aber ich habe bewußt „dem Staatspolitiker“ gesagt, denn die wachsende Macht der Linken ist nicht nur eine Gefahr für das Bürgertum, sondern für die Funktionstüchtigkeit der deutschen Staatlichkeit an sich. Denn wenn deren Klientelpolitik der Umverteilung von produktiv zu unproduktiv, deren Mentalität von Anspruchs- statt Leistungsdenken und deren Vorstellungen von einem umfassenden Leistungsstaat sich weiter durchsetzen, dann steht uns nicht nur früher oder später der Staatsinfarkt durch Finanzbankrott bevor, sondern auch das Ende einer der zentralen Errungenschaften, der modernen Staatlichkeit: nämlich, eingezwängt zwischen eine alles Private lähmende, immer weiter steigende Besteuerung einerseits und den sozialistischen Zugriff des „fürsorglichen“ Staates auf immer mehr Bereiche unseres Lebens andererseits, das Ende der bürgerlichen Freiheit.

Wie etwa in puncto Familienpolitik?

Bismarck: Zum Beispiel, denn offenbar hält die Politik den Staat inzwischen für die besseren Eltern.

Allerdings kommt diese Politik mittlerweile auch von der CDU.

Bismarck: Ja, und das ist natürlich fatal. Und leider nicht das einzige Beispiel. Denken Sie etwa an das Antidiskriminierungsgesetz AGG oder das Gender Mainstreaming oder

die Homo-Ehe. Alles Inhalte, die mittlerweile auch von der CDU vorangetrieben, zumindest aber akzeptiert werden. Dabei müßten all diese Dinge schleunigst wieder abgeschafft werden! Aber mit Frau Merkel ist das wohl nicht zu erwarten.

Dennoch sind Sie CDU-Mitglied.

Bismarck: Ich gehöre der CDU seit über dreißig Jahren an und glaube, es gehört zu meinem Selbstverständnis, nicht einfach von der Fahne zu gehen, wenn die Lage schwierig wird. So mancher Junker ist in der preußischen Geschichte schon an der Politik des Königs verzweifelt, aber er hat sich dennoch stets in der Verantwortung gegenüber seinem Vaterland gefühlt.

Die Sie wie wahrnehmen? Sie sind nie in der Politik aktiv gewesen.

Bismarck: So ganz stimmt das nicht. Von 1961 bis 1967 war ich als europäischer Beamter Verwaltungs- und Hauptverwaltungsrat bei der EWG-Kommission in Brüssel, wo ich in der Abteilung Auswärtige Beziehungen gearbeitet habe und unter anderem an den Verhandlungen zur Erweiterung der Gemeinschaft beteiligt war. Seit den siebziger Jahren bin ich CDU-Mitglied und war auch mehrere Jahre Ortsvorsitzender hier in Aumühle. Gut, aber im Grunde haben Sie schon recht. In der Ahnengalerie derer von Bismarck finden sich zahlreiche Politiker: außer dem Reichskanzler ein Kammerherr und Geheimer Regierungsrat, ein preußischer Justizminister, ein preußischer Kriegs- und Finanzminister, zwei Staatssekretäre sowie Reichstags- und Bundestagsabgeordnete. Da mag meine politische Abstinenz auffallen.

Sowohl Ihr Vater wie Ihr Sohn waren Abgeordnete des Deutschen Bundestages.

Bismarck: Mein Vater Otto, Enkel des Reichskanzlers, war von 1953 bis 1965 Bundestagsabgeordneter der CDU, ebenso wie mein Sohn Carl-Eduard von 2005 an, bis er sich 2008 aus privaten Gründen zurückgezogen hat. Als mein Vater altershalber sein Mandat abgab und ich die Stafette hätte übernehmen können, zog für die CDU hier im Wahlkreis Herzogtum Lauenburg jedoch Olaf Baron von Wrangel als Nachfolger ein. Und so habe ich mich als Rechtsanwalt betätigt und die Pflege des Familiengutes Friedrichsruh im Sachsenwald inklusive des Bismarck-Mausoleums und des Bismarck-Museums wahrgenommen.

2004 jedoch haben Sie sich dann doch noch zu Wort gemeldet – mit einem Buch, das den programmatischen Titel trägt: „Setzen wir Deutschland wieder in den Sattel“.

Bismarck: Zugegeben ein anspruchsvoller Titel. Aber ich habe bewußt einen Satz gewählt, den Otto von Bismarck einmal formuliert hat.

Der Urenkel hilft dem, den der Urgroßvater das Reiten lehrte, wieder in den Sattel?

Bismarck: Ja, denn ich bin überzeugt, um Ihre Frage von vorhin wieder aufzunehmen, daß Otto von Bismarck das deutsche Staatswesen heute in mehrfacher Hinsicht in Gefahr sehen würde und deshalb dem deutschen Staat etwas Reitunterricht geben könnte.

Zum Beispiel?

Bismarck: Denken Sie nur an das spektakuläre irische „Nein“ zum EU-Reformvertrag von Lissabon. Welch ein Glück, wenn man sich vergegenwärtigt, mit welcher Unbedachtheit die verfassungsgemäß an das deutsche Volk als Souverän gebundene Staatlichkeit Deutschlands immer mehr an irgendwelche noch nicht einmal demokratisch legitimierten EU-Institutionen leichtfertig abgetreten wird! Um nicht mißverstanden zu werden: Ich bin unbedingt ein Anhänger Europas. Aber die gegenwärtige EU-Praxis bedeutet den klammheimlichen Ausverkauf der deutschen Staatlichkeit. Natürlich gehört zur Sicherung Deutschlands für die Zukunft auch unsere Einbindung in ein starkes Europa. Europa sollte aber ein Staatenbund sein, kein Bundesstaat. Ein einiges Europa muß dazu dienen, die Vielfalt seiner Nationen zu bewahren, nicht diese aufzulösen. Denn das wäre eine absurde Umkehrung seines ursprünglichen Zwecks.

In Ihrem Buch findet sich außer dem Kapitel „Unser Staat“ auch das Kapitel „Unser Volk“.

Bismarck: So wie ein eigener Staat die Voraussetzung zur Sicherung eines Volkstums ist, ist ein Volkstum auch die Voraussetzung für einen Nationalstaat. Wenn Sie nun drei Aspekte betrachten, nämlich die Demographie, die Familie und den Multikulturalismus, und wenn Sie den Mut haben, diese drei Faktoren gegen die Gebote der Politischen Korrektheit in ihrer realen Wirkung als verbunden zu betrachten, dann stellen Sie fest, daß nicht nur die Staatlichkeit, sondern auch das zweite Standbein des Bismarckschen Nationalstaates gefährdet ist: das Volk. Als wäre unsere demographische Entwicklung mit ihren langfristig eklatant sinkenden deutschen und dramatisch steigenden Einwanderer-Geburtenziffern nicht schon besorgniserregend genug! – Ganz abgesehen davon, daß – ganz im Gegensatz zur Einwanderung im alten Preußen – die Einwanderer heute oftmals keine Anstalten machen, sich kulturell zu integrieren, erleben wir zudem auch noch eine unbeirrt voranschreitende geistige und materielle Zersetzung der Idee der Familie, die doch die Zelle des Volkes darstellt. Und einhergehend damit eine penetrant realitätsblinde Gläubigkeit an die multikulturelle Gesellschaft als eine Art Paradies auf Erden, ohne Rücksicht auf deren erhebliches Gefahrenpotential, angefangen von der Fragmentierung der Gesellschaft bis hin zum Bürgerkrieg, wie man etwa in Bosnien-Herzegowina gesehen hat. Aber vor allem wirkt sich die multikulturelle Zielvorstellung fatal auf den Gedanken der Integration aus, die unter solchen Voraussetzungen mißlingen muß, da die Idee des Multikulturalismus verhindert, gegenüber den Einwanderern einen klaren Erwartungshorizont zu vermitteln, an den sich diese – wie einst in Preußen – mit dem langfristigen Ziel der Assimilation anpassen können.

Woher rührt diese Realitätsblindheit?

Bismarck: Gute Frage. Ich erlebe bei unseren Eliten leider nur allzu oft, daß sie schlicht kein Interesse mehr an der Bewahrung Deutschlands zu haben scheinen. Dagegen gewinnt man den Eindruck, daß es ihnen gar nicht schnell genug gehen kann, unser Volk in einer multikulturellen und multiethnischen Gesellschaft und unseren Staat in überstaatlichen Strukturen aufzulösen.

In Ihrem Buch sprechen Sie im Kapitel „Unsere Vergangenheit“ von einem „deutschen Trauma“.

Bismarck: Ich denke, daß die Katastrophe des Nationalsozialismus maßgeblich mit schuld an dieser Situation ist. Unbestreitbar sind die unglaublichen Verbrechen Adolf Hitlers. Aber ebenso, daß uns Deutschen über mehrere Generationen bis heute ein historisches Schuldbewußtsein eingetrichtert wird. Angefangen hat dies mit den Nürnberger Prozessen, wo zwar die führenden Verbrecher aufgehängt wurden, aber gleichzeitig die deutsche Alleinschuld – moralisch gesehen gleich an beiden Weltkriegen – im allgemeinen Bewußtsein zementiert wurde. Heute geschieht dies immer aufs neue durch die Macht der Politischen Korrektheit, die jeden verfolgt, der hier auch nur eine differenzierte Betrachtungsweise einfordert. Inzwischen scheinen viele Deutsche sogar bereits stolz auf diese Schuld zu sein, weil sie ihr Schuldkomplex in ein negatives Moralverständnis geführt hat: Ich bereue, also bin ich gut. Die NS-Verbrechen werden geradezu benötigt, um sich moralisch gerechtfertigt fühlen zu können!

Gibt Ihnen der Patriotismus, den der Fußball trotz der Niederlage am Sonntag erneut bei uns ausgelöst hat, Hoffnung auf Besserung?

Bismarck: Manche kritisieren ja, der Fußballpatriotismus sei oberflächlich. Das ist sicher richtig, aber dennoch sollten wir erkennen, daß diese Welle es endlich wieder einmal ermöglicht, Deutschland positiv in den Vordergrund zu stellen. Und ich habe zudem die Hoffnung, daß auf Grundlage dieser positiven Deutschland-Erfahrung später einmal vielleicht wieder ein politischer Patriotismus entstehen kann.

„Setzen wir Deutschland wieder in den Sattel“ haben Sie mit „Anmerkungen eines Patrioten“ unternimmt, und in einem politischen Rundschreiben haben Sie jüngst formuliert: „Jeder Patriot ist jetzt gefordert!“ Was ist Patriotismus für Sie?

Bismarck: Patriotismus bedeutet, Verantwortung zu übernehmen. So wie einst der Adel die Verantwortung für seine Untertanen trug, so trägt heute der Patriot die Verantwortung für sein Land. Jedes Land braucht Menschen, die es lieben! Deshalb sehe ich folgerichtig „jeden Patrioten gefordert“. Und meine „Anmerkungen eines Patrioten“, also mein Buch, verstehe ich als einen Appell, Egoismus, Selbsthaß und innere Zerfleischung, wie sie uns sechzig Jahre lang eingeflüstert worden sind, endlich zu überwinden und Deutschland wieder zu altem Stolz zu führen.

Was verstehen Sie unter altem Stolz?

Bismarck: Das ist natürlich etwas patriotisch-national formuliert, wie überhaupt das ganze Buch. Was ich meine, ist, daß wir Deutschen wieder lernen sollten, an unser Land zu glauben, daß uns Deutschland wieder wichtig ist. Unsere demographische Schwäche etwa ist doch unbezweifelbar auch eine Folge unseres grenzenlosen Individualismus: Uns ist nicht mehr unser „Wir“, sondern in erster Linie unser „Ich“ wichtig. Nehmen Sie dagegen Frankreich, dort haben die Familien eine Reproduktionsrate, von der wir nur träumen können. Und warum? Weil die Franzosen ein stolzes Volk sind, das an seinem Selbsterhalt interessiert ist und seine Politik daran ausrichtet.

Das Panorama Ihrer Analyse ist bestürzend. Dennoch bleiben Sie, wie Sie dargelegt haben, aus preußischem Pflichtgefühl weiterhin CDU-Mitglied. Ist aber die Union inzwischen nicht eher Teil des Problems als der Lösung?

Bismarck: Ich muß Ihnen ehrlich sagen: Spätestens seit sich Friedrich Merz zurückgezogen hat und Paul Kirchhof fallengelassen wurde, fehlt auch mir das Vertrauen in die Union. Es liegt an Frau Merkel, dies zu ändern. Sie hat mit ihrer Bildungspolitik einen richtigen Ansatz gefunden. Was aber noch fehlt, ist die Motivation zu Leistung, in der Wirtschaft, im Beruf, im Leben allgemein – auch sportliche Leistung gehört übrigens dazu. Eltern müssen ihren Kindern Leistungsdruck geben und ihnen Ziele setzen, die sie in Begeisterung versetzen; und das muß auch auf Gegenseitigkeit beruhen, Kameradschaftsgeist und patriotisches Gemeinschaftsgefühl fördern ungemein die Leistungsbereitschaft, angefangen in den Schulen, fortgesetzt im Beruf und Leben. Und Eltern müssen wiederum Vorbildfunktion haben. Das gleiche gilt für Lehrkräfte. Sie müssen über die Autorität verfügen, durchgreifen zu können, auch mit Sanktionen. „Autoritär“ ist zwar im Sprachgebrauch eine häßliche Eigenschaft, aber Autorität wird anerkannt und positiv gewertet.

Haben Sie je daran gedacht, eine neue konservative Partei zu gründen? Ihr Name prädestiniert Sie dafür!

Bismarck: Oh, immer wieder werde ich danach gefragt. Aber ich sehe leider keine realistische Chance für den Erfolg einer solchen Partei. Man darf sich keine Illusionen darüber machen, daß der Name Bismarck heute bei den meisten Deutschen – wenn überhaupt – dann nur noch eine historische, aber keine politische Bedeutung mehr hat. „Bismarck“ wird von den Deutschen nicht mehr mit der Lösung aktueller Probleme assoziiert. Da machen sich viele gutmeinende Bismarck-Verehrer leider allzu naive Vorstellungen. Aber ich möchte trotz all meiner dargelegten Sorgen um Deutschland davor warnen, die Situation allzu verzweifelt zu sehen. Schon mehrmals in unserer Geschichte stand es noch weit schlimmer um Deutschland. So akut wie zum Beispiel während des Dreißigjährigen Krieges, der napoleonischen Besatzung oder nach der Niederlage in beiden Weltkriegen ist Deutschland trotz aller Gefahren heute in seiner Existenz zum Glück nicht bedroht. Daß wir Deutschen in der Vergangenheit all diese furchtbaren Krisen überstanden haben, macht mir Mut, daß uns das auch diesmal gelingen wird. Eben deshalb mein Appell an alle Patrioten, zusammenzustehen! Gerade weil wir dann die Chance haben, die Herausforderungen unserer Zeit zu meistern.

Der Appell stammt aus einem Brief, den Sie Anfang Juni für die JUNGE FREIHEIT geschrieben haben und in dem Sie zur Unterstützung unserer Zeitung aufrufen, wie der „Spiegel“ letzte Woche berichtete.

Bismarck: Der Spiegel kann mich mit solcher Berichterstattung nicht ins Bockshorn jagen. Im Gegenteil. Ich schätze an Ihrer Zeitung ihre patriotische Ausrichtung sowie ihre konservative Orientierung. Ich lese die JUNGE FREIHEIT jetzt schon seit über zehn Jahren und finde sie nach wie vor sowohl für die Meinungsvielfalt in Deutschland unverzichtbar wie auch unentbehrlich für die politische konservative Sache. Entscheidend für mich ist aber, daß sie ein Presseorgan ist, das sich dem Erhalt unseres Vaterlandes verschrieben hat und ihm nicht wie die meisten anderen Medien gleichgültig oder gar feindselig gegenübersteht. Wenn ich also von einem notwendigen Aufbruch für Deutschland spreche, dann ist für mich die JUNGE FREIHEIT ein Licht im Dunkeln. Und so paßt sie nach meiner Ansicht auch bestens zur Tradition des Hauses Bismarck. Freilich, vieles daran wäre dem alten Reichskanzler wohl zu liberal. Aber vergessen Sie nicht, daß Bismarck auch Initiator der Sozialgesetzgebung in Deutschland war. Konservatives und soziales Denken waren für ihn keine Gegensätze.

Ferdinand Fürst von Bismarck

ist Urenkel des Reichskanzlers und Chef des Hauses Bismarck-Schönhausen (Wappen unten), der Linie Otto von Bismarcks (1815–1898). Das Geschlecht reicht bis 1270 zurück, 1345 wurde es nobilitiert. 1817 entstand die Linie Schönhausen. Der 1930 in London geborene Jurist folgte 1975 Bismarck-Sohn Herbert und Bismarck-Enkel Otto als Familienvorstand nach, unterstützt von Sohn Carl-Eduard. Sohn Gottfried starb 2007.

Friedrichsruh

„Friedrichsruh“ nennt man auch das Gut Sachsenwald, das Otto von Bismarck 1871 nach der Gründung des Deutschen Reichs von Kaiser Wilhelm I. für seine treuen Dienste erhielt. Gut zwanzig Kilometer östlich von Hamburg im Herzogtum Lauenburg gelegen, steht das Schloß des Stammsitzes derer von Bismarck im Ortsteil Friedrichsruh der 3.000-Einwohner-Gemeinde Aumühle. Neben dem Schloß gehört zum Gut das Mausoleum Otto von Bismarcks, ein Museum sowie der Sitz der 1996 gegründeten bundesunmittelbaren Otto-von-Bismarck-Stiftung (www.bismarck-stiftung.de) mit einer weiteren Dauerausstellung. Kontakt und Informationen: Am Schloßteich 1, 21521 Friedrichsruh, Telefon: 041 04 / 50 51, Internet: www.sachsenwald.de

Junge Freiheit vom 4. Juli 2008